

1 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

2 Der Bundeskongress möge beschließen:

3

4 **Kein Mensch ist illegal! – Eckpunkte für ein humanes Bleiberecht**

5

6 • Allen Menschen, die in Notsituationen in der Bundesrepublik Deutschland um Asyl
7 bitten, sei es aufgrund von politischer Verfolgung, Kriegen und Konflikten oder
8 auch wirtschaftlichem Elend, muss ein uneingeschränktes Bleiberecht eingeräumt
9 werden.

10

11 • Eine Ausrichtung des Bleiberechts an eine ökonomische Verwertungslogik lehnen
12 wir strikt ab. Es ist unsere humanitäre Pflicht, alle Menschen in Not aufzunehmen -
13 unabhängig von ihrem wirtschaftlichen Potenzial.

14

15 • Die von der Bundesregierung geplanten Verschärfungen bei der Abschiebehaft
16 sind katastrophal und werden von uns abgelehnt. Stattdessen setzen wir uns dafür
17 ein, Abschiebungen ein für alle Mal abzuschaffen.

18

19 **Begründung:**

20 Nachdem in den vergangenen Jahren viele tausend Menschen bei dem Versuch, das euro-
21 päische Festland zu erreichen, im Mittelmeer ertrunken sind, wurde in vielen Reden wort-
22 reich geschworen, dass sich entsprechende Tragödien nicht wiederholen dürfen. Doch
23 anstatt Besserungen anzustreben verschlimmerte man die Lage: Das italienische Seenot-
24 rettungsprogramm Mare Nostrum wurde durch die Operation Triton ersetzt. Statt Flücht-
25 linge zu retten, setzte man auf rigorose Grenzüberwachung durch Frontex. Und so kam es,
26 wie es kommen musste: Auch in diesem Frühjahr kamen bei verschiedenen Unglücken
27 wieder viele Flüchtlinge, die auf der Suche nach einem besseren Leben waren, ums Leben.
28 Allein in einer Woche im April starben über 1000 Menschen.

29 Infolge dieser neuen Unglücke erkannte die EU vorgeblich, dass nun aber wirklich etwas
30 passieren müsse. Doch anstatt nach Möglichkeiten zu suchen, legale und sichere Einrei-
31 semöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen, machte es sich die EU-Kommission zum vor-
32 rangigen Ziel, Schleuserbanden zu bekämpfen. Die Schleuserbanden sind zwar tatsächlich
33 häufig skrupellose Geschäftsleute, meistens aber die einzige Möglichkeit für Flüchtlinge,
34 überhaupt nach Europa zu gelangen, weil es keine legalen Einreisemöglichkeiten gibt. Um
35 zu verhindern, dass flüchtende Menschen ihr Leben in die Hände dieser Schleuserbanden
36 legen, bedarf es stattdessen legaler, gefahrenfreier Zugangswege für Flüchtlinge nach
37 Europa.

38

39 Diese zynische Antwort auf die schrecklichen Vorkommnisse im Mittelmeer wird assistiert
40 durch eine deutsche Bundesregierung, die nicht nur verbal ins gleiche Horn bläst, sondern
41 auch die eigene Gesetzgebung zum Thema Asyl weiter verschärft und damit fundamental
42 gegen Artikel 1 des Grundgesetzes und die darin enthaltene Feststellung, dass die Würde
43 des Menschen unantastbar ist, verstößt, da sie Menschen in Not ausgrenzt und ihrem
44 Schicksal selbst überlässt.

45

46 Besonders hervorzuheben ist hier das vom Bundesinnenministerium erarbeitete, vom
47 Bundeskabinett beschlossene und vom Bundesrat nur marginal veränderte „Gesetz zur
48 Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“. Mit diesem Gesetz

49 sollen in einem Kuhhandel Lockerungen im Bleiberecht gegen eine massive Ausweitung
50 der Abschiebehaft getauscht werden.

51 Bei genauerem Hinsehen wird schnell deutlich, dass die Lockerungen im Bleiberecht nur
52 denjenigen Flüchtlingen zu Gute kommen sollen, die sich besonders gut „integriert“ ha-
53 ben und deren ökonomische Verwertbarkeit deshalb besonders hoch ist. So ist immer
54 wieder zu lesen, dass diejenigen Erwachsenen bleiben dürfen sollen, die ihren Lebensun-
55 terhalt selber bestreiten und so zum wirtschaftlichen Wohlstand Deutschland beitragen
56 bzw. diejenigen Jugendlichen, bei denen zu erwarten ist, dass sie ihn in der Zukunft selber
57 bestreiten können. Zudem sollen Berufsausbildungen besser anerkannt werden, allerdings
58 erst nachdem sich die Flüchtlinge in Bildungsmaßnahmen von bis zu 18 Monaten bewie-
59 sen haben.

60
61 Diese und andere sog. „Bleibeinteressen“ sollen in einem neuen Verfahren zur Bestim-
62 mung des Bleiberechts gegen sog. Ausweisungsinteressen (wie z.B. die „Nichtkooperation
63 im Antiterrorkampf“) aufgewogen werden.

64
65 Diesen vermeintlichen Verbesserungen stehen drastische Erweiterungen der Abschiebe-
66 haft entgegen. Um, wie es euphemistisch heißt, die „Aufenthaltsbeendigung durchzuset-
67 zen“, sollen AsylbewerberInnen in Zukunft wegen einer breiten Palette an Gründen in Ab-
68 schiebehaft genommen werden können. Dazu gehören mit der Täuschung über die Identität
69 (z.B. durch Vernichtung des Reisepasses), der Nichtkooperation bei der Identitätsfest-
70 stellung, dem Zahlen von „erheblichen Geldbeträgen“ an Schleuser und dem Verlassen
71 eines anderen EU-Staats vor Abschluss des dortigen Verfahrens, fast alle Wege, überhaupt
72 bis auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu gelangen. Die Gesetzesgrundlage
73 kann also dazu führen, dass große Teile der AsylbewerberInnen für ihre illegale Einreise,
74 die legal kaum möglich gewesen wäre, bestraft und in Haft genommen werden, um so
75 schnell wie möglich abgeschoben werden zu können.

76
77 Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist allein dieser Gedanke unerträglich! Un-
78 ser Ziel ist es auch weiterhin, das Anfang der neunziger Jahre aus Angst vor dem braunen
79 Mob auch mithilfe einer eingeknickten Sozialdemokratie entkernte Recht auf Asyl wieder
80 zu einem echten solchen zu machen. Es spielt dabei für uns keine Rolle, ob ein Mensch vor
81 politischer Verfolgung und Krieg flieht oder vor seiner elenden ökonomischen Lage, die
82 durch europäische Wirtschaftsinteressen zumeist noch verschlimmert wird. Unter diesem
83 Gesichtspunkt lehnen wir die menschenunwürdige rechtliche Unterscheidung zwischen
84 Menschen mit „richtigem“ Asylgrund und sog. „Wirtschaftsflüchtlingen“ strikt ab.

85
86 Die Argumente, das „Boot“ sei „voll“ oder wir könnten „nicht alle aufnehmen, die kom-
87 men“, sind schlicht gelogen. Ein Staat wie der Libanon, ein Nachbarstaat Syriens, hat auf
88 seine ca. vier Millionen EinwohnerInnen etwa eine Million syrische Flüchtlinge aufge-
89 nommen, also nochmal ein Viertel seiner Bevölkerungszahl. Sein Staatswesen ist zwar
90 unter Druck, funktioniert aber weiter. Von entsprechenden Dimensionen (umgerechnet
91 wären das 20 Millionen Flüchtlinge) ist Deutschland, ein wirtschaftlich und infrastrukturell
92 deutlich besser aufgestelltes Land, noch weit entfernt.

93
94 Europa, und gerade auch Deutschland, muss endlich Verantwortung für sein wirtschaftli-
95 ches und außenpolitisches Handeln übernehmen. Davon abgesehen stünde es einem
96 Land, das enorm viel auf seine vermeintlich überlegenen „westlichen Werte“ hält, gut zu
97 Gesicht, Menschen auch wirklich menschlich zu behandeln. Hierfür bedarf es zunächst
98 einiger großer Veränderungen im Bleiberecht.

99

100 Für uns Jusos steht fest: Ein Bleiberecht darf nicht an Kriterien der ökonomischen Ver-
101 wertbarkeit ausgerichtet sein. Uns ist bewusst, dass die Debatte um den vermeintlichen
102 Fachkräftemangel lediglich eine Scheindiskussion ist und ein Instrument der Arbeitgebe-
103 rInnen, um Löhne in Branchen mit hohem Arbeitskräftebedarf und vorwiegend gut quali-
104 fizierten, aber derzeit schlecht entlohnten ArbeitnehmerInnen weiterhin zu drücken. Si-
105 cherlich spricht nichts dagegen, die Talente von Flüchtlingen zu nutzen, um ihnen ein gu-
106 tes Leben zu ermöglichen. Auf der anderen Seite darf es aber kein Ausschlusskriterium
107 sein, wenn Menschen weniger gut für den deutschen Arbeitsmarkt und die deutsche Wirt-
108 schaft geeignet sind.

109

110 Stattdessen ist und bleibt das entscheidende Argument die Menschlichkeit. Für uns sind
111 alle Menschen gleich, egal, woher sie kommen. Wenn Menschen in Not sind und zu uns
112 kommen, dann müssen wir uns um sie kümmern und ihnen bei uns ein gutes Leben er-
113 möglichen. Unsere privilegierte Position in Europa und gerade im reichen Deutschland
114 bringt die humanitäre Pflicht mit sich, allen Menschen zu helfen, die an unsere Tore klop-
115 fen.